



**Liebe
Bürgerinnen
und Bürger,**

ich freue mich, dass Sie heute bereits unsere dritte Ausgabe unserer Kreisinfo in den Händen halten können. Es zeigt, dass die CDU-Kreisfraktion kritisch mit der rot-grünen Politik unseres Landkreises umgeht, jedoch nicht ohne auch eigene Initiativen zu ergreifen. In diesem Jahr haben wir mit unseren 14 Einsparvorschlägen zum Haushalt, das Konzept zur Stadt-Land Bahn und mit unserem Grundsatzpapier zu den Medizinischen Versorgungszentren Akzente gesetzt. Zu all diesen Themen hat Rot-Grün im Kreis keine Lösungen anzubieten. Deswegen wird es auch Zeit, dass am 19. April 2015 die Landratswahl stattfindet und es endlich einen Wechsel an der Kreisspitze gibt. Meine Kolleginnen und Kollegen der Kreisfraktion und ich werden hierzu unseren Beitrag leisten. Für Anregungen zur Kreispolitik stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihr
Lutz Köhler

Medizinische Versorgung:

**Private Arztpraxen sind
Medizinischen Versorgungszentren vorzuziehen** __ Seite 2

Öffentlicher Nahverkehr

**CDU-Kombi-Lösung bietet
gute Anbindung und spart
gleichzeitig Geld** __ Seite 4

CDU-Kreisfraktion sieht sich in ihrer Kritik bestätigt

Haushalts- und Finanzlage weiter stark gefährdet

Die CDU-Kreisfraktion Darmstadt-Dieburg sieht sich in ihrer Kritik am Haushaltsplan für das Jahr 2014 des Landkreises durch die zwischenzeitlich vorgelegte Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidiums bestätigt. So stellt das Regierungspräsidium beispielsweise fest, dass „die Haushalts- und Finanzlage des Landkreises Darmstadt-Dieburg weiter stark gefährdet“ ist.

So werden bis zum Ende des Planungszeitraums 2017 Defizite von über 250 Millionen auflaufen. Da für das Regierungspräsidium nicht absehbar ist, wie dieses aufgelaufene Defizit ausgeglichen werden soll, werden der Kreisspitze deutliche Auflagen gemacht. So wird zum Beispiel im ambitionierten Schulbauprogramm die Kreditaufnahme von rund 50 Millionen Euro auf maximal 38 Millionen Euro begrenzt. Darüber hinaus muss der Landrat im Laufe des Jahres 2014 weitere 10 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr einsparen. Ebenso wie die CDU-Kreisfraktion bemängelt auch das Regierungspräsidium, dass das Haushaltssicherungskonzept zu schwammig formuliert ist.

Ein weiterer Punkt, an dem das Regierungspräsidium einen deutlichen Handlungsbedarf sieht, ist das Personal. Hier darf es keine Stellenausweitungen mehr geben. Sollte es an einer Stelle einen Mehrbedarf geben, so ist dieser durch Umstrukturierungen mit dem bereits vorhandenen Personal abzudecken. Auch diesen Punkt hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Kreisfraktion Carsten Helfmann in seiner Haushaltsrede explizit gefordert.

Insgesamt stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler fest: „Landrat Schellhaas hat das Thema Sparen viel zu spät in Angriff genommen und wird deshalb, wie in vielen anderen Punkten leider auch, der landesweiten Entwicklung hinterherlaufen. Während in fast allen Landkreisen in Hessen die Defizite sinken, sattelt der Land-

kreis Darmstadt-Dieburg noch tüchtig oben drauf. Gut, dass das Regierungspräsidium dieser Mentalität nun einen Riegel vorschiebt.“

Auf unsere Stellungnahme in der Presse reagierte der Landrat Klaus Peter Schellhaas mit heftiger Kritik. Allerdings war mit dieser Reaktion zu rechnen. Wie immer in solchen Fällen, in denen der Landrat kritisiert wird, sind im Zweifel die anderen schuld. Zum einen gibt es das Regierungspräsidium Darmstadt, das trotz vorheriger Abstimmung noch Kürzungen bei der Kreditaufnahme und im laufenden Geschäft fordert. Nur unter diesen Auflagen wurde der Haushalt überhaupt genehmigt. Zum anderen gibt es das „böse Land Hessen“, das die Landkreise angeblich finanziell zu schlecht ausstattet. Noch dazu hat das Land den Landkreis Darmstadt-Dieburg nicht unter den kommunalen Schutzschirm genommen. So wie sich die Rechtfertigung des Landrats in der Presse liest, könnte man meinen, der Landkreis Darmstadt-Dieburg sei der einzige Landkreis hessenweit, der nicht unter den Schutzschirm durfte. In Wirklichkeit wurden neben dem Landkreis Darmstadt-Dieburg noch acht weitere Landkreise nicht unter den Schutzschirm des Landes genommen. Wobei es selbst den sich nicht unter dem Schutzschirm befindlichen Landkreisen gelungen ist, ihr Defizit erheblich zu reduzieren. Offensichtlich ist es doch möglich – auch ohne Schutzschirm – seinen Haushalt zu konsolidieren.

Landkreis Darmstadt-Dieburg weist Defizite von über 250 Millionen Euro aus – Landrat Schellhaas hat Thema Sparen viel zu spät in Angriff genommen

man meinen, der Landkreis Darmstadt-Dieburg sei der einzige Landkreis hessenweit, der nicht unter den Schutzschirm durfte. In Wirklichkeit wurden neben dem Landkreis Darmstadt-Dieburg noch acht weitere Landkreise nicht unter den Schutzschirm des Landes genommen. Wobei es selbst den sich nicht unter dem Schutzschirm befindlichen Landkreisen gelungen ist, ihr Defizit erheblich zu reduzieren. Offensichtlich ist es doch möglich – auch ohne Schutzschirm – seinen Haushalt zu konsolidieren.

➔ **Fortsetzung von vorheriger Seite**

„Daher widerspricht die CDU-Kreistagsfraktion der Aussage des Landrats „es gibt keinen Anlass uns Nachlässigkeit [im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung] vorzuwerfen“. Argumente dafür gibt es ausreichend. „So hat zum Beispiel der Landrat bis heute noch kein Haushalts-sicherungskonzept vorgelegt, das mit Zahlen hinterlegt ist. Gerade dies verlangt der Landrat als Aufsichtsbehörde für die Kreiskommunen aber bereits seit fünf Jahren von seinen Städten und Gemeinden“, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler.

Ein weiteres Beispiel ist die Überprüfung und Umsetzung von über 300 Punkten, die das Land Hessen in einem Leitfaden den defizitären Gebietskörperschaften an die Hand gegeben hat. Der Leitfaden liegt dem Landrat seit 2011 vor. Aber erst im Jahr 2014

wurde mit der Umsetzung begonnen. Bisher wurden durch den Landrat in diesem Zusammenhang ca. 50 Punkte in die politische Diskussion gebracht. Doch nur etwa 30 Punkte davon werden wohl in diesem Jahr noch abgestimmt werden können.

Auch das man eine Sonder-sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zum Thema Haushaltskonsolidierung ersatzlos abgesagt hat, verdeutlicht, dass man trotz aller Lippenbekenntnisse und Rechtfertigungsversuche das Thema Haushaltskonsolidierung immer noch nicht ernst nimmt.

Ein weiteres Indiz dafür, dass der Landrat bisher das Sparen nicht ernst genommen hat, ist die Entwicklung im Personalbereich. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2009 hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Land-

ratsamt um rund 90 Vollzeitstellen erhöht. Somit sind im gleichen Zeitraum die Personalausgaben von 35,5 Millionen Euro auf heute 51,5 Millionen Euro gestiegen.

„Der Landrat sollte endlich aufhören zu lamentieren und die Schuld für die schlechte Haushaltslage des Landkreises bei anderen zu suchen. Vielmehr erwarten wir, dass der Landrat das Thema Haushaltskonsolidierung endlich ernst nimmt. Sparen muss zur Chefsache werden wie es die CDU-Fraktion seit Jahren fordert. Auch SPD und Grüne müssen endlich Farbe bekennen. Wir sind auf jeden Fall bereit den Weg der Haushaltskonsolidierung konstruktiv zu begleiten, wie wir wiederholt durch eigene Einsparvorschläge bewiesen haben“ so Köhler abschließend. ■

Landrat Schellhaas nimmt das Sparen nicht ernst und erhöhte Personal im Landratsamt um 90 Vollzeitstellen

Landrat bleibt Konzept schuldig – CDU Kreistagsfraktion legt eigenes Konzept vor

Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ): „Versorgung sichern – Vielfalt erhalten“

Im April dieses Jahres wurde durch den Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg mehrheitlich die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Ober-Ramstadt beschlossen.

In diesem Zusammenhang wurde dem Kreistag durch den Landrat Klaus Peter Schellhaas die Vorlage eines Konzeptes zum generellen Umgang mit der Gründung von MVZ im Landkreis versprochen. Da dieses Versprechen leider bis heute noch nicht eingelöst wurde, hat die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg ein eigenes Konzept erarbeitet, wie zukünftig mit der Gründung von MVZ durch den Landkreis umgegangen werden soll. Im Folgenden können Sie unser MVZ-Konzept nachlesen:

Situationsbeschreibung: Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat in seiner Sitzung am 7. April 2014 die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Ober-Ramstadt beschlossen. Für insgesamt 400.000 Euro wurden zwei hausärztliche und ein internistischer Facharztsitz sowie die bestehende Ausstattung der bisherigen Gemeinschaftspraxis durch den Landkreis käuflich erworben. Begründet wurde dieser Schritt im Wesentlichen damit, dass man seitens des Landkreises die Grundversorgung mit Hausärzten im ländlichen Raum sicherstellen wolle. In der Kreistagsitzung am

23. Juni 2014 wurden dann als Ausführungsbeschlüsse der Gesellschaftsvertrag zur Gründung des MVZ sowie eine selbstschuldnerische Bürgschaft für Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und Krankenkassen beschlossen.

Die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg lehnte die Gründung des MVZ und folglich auch die Ausführungsbeschlüsse ab. Die Gründe dafür hat der Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler in den beiden oben genannten Kreistagssitzungen dargelegt. Die wesentlichen Kritikpunkte sind die hohen Kosten für die drei Arztsitze (Diese Einschätzung wird auch von niedergelassenen Hausärzten geteilt; siehe dazu „Darmstädter Echo“ vom 09.08.2014 S. 5). Rund 400.000 Euro erscheinen als ein zu hoher Kaufpreis vor dem Hintergrund, dass Land auf Land ab und auch in unserem Landkreis Hausärzte keine Nachfolger finden und die Praxen lange Zeit leer stehen. Außerdem konnte nicht glaubhaft dargelegt werden, warum es in Ober-Ramstadt durch die mögliche

Schließung der Gemeinschaftspraxis zu einem Hausärztemangel komme. So wurde behauptet, die drei Ärzte hätten sich bemüht, auf dem Markt einen Nachfolger zu finden. Belegt wurden diese Aussagen durch die Kreisverwaltung leider nicht. Davon abgesehen weist die Kassenärztliche Vereinigung in ihrer Publikation „Versorgung heute. Aktuelle ambulante Versorgungssituation von Haus- und Fachärzten in Hessen. Teil 13. Hausärzte im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ für Ober-Ramstadt keinen besonderen Mangel aus. Zwar sind derzeit neun Hausarztpraxen nicht besetzt, insgesamt wird der Landkreis Darmstadt-Dieburg von der Kassenärztlichen Vereinigung aber immer noch als überversorgt im hausärztlichen Bereich eingestuft. Diese Aussage wird von der CDU-Kreistagsfraktion ausdrücklich nicht geteilt. Wobei anerkannt wird, dass die Versorgung der Städte und Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg sehr unterschiedlich ist und die Aussage der KV in diesem

Punkt relativiert werden muss. So erkennt die CDU-Kreistagsfraktion durchaus an, dass es einen Hausärztemangel zum Beispiel in der Stadt Babenhausen oder der

CDU-Kreistagsfraktion lehnte die Gründung eines MVZ in Ober-Ramstadt ab

Fortsetzung auf der nächsten Seite ➔

➔ Fortsetzung von vorheriger Seite

Gemeinde Eppertshausen gibt. Hingegen ist die Gemeinde Seeheim-Jugenheim mit sechs Hausarztsitzen gut versorgt.

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion gegen die Gründung des MVZ in Ober-Ramstadt sprach, war die Tatsache, dass das MVZ keinen Versorgungsfortschritt für die Bevölkerung in Ober-Ramstadt bedeutet. Studien belegen das angestellte Ärzte in MVZ im Schnitt deutlich weniger arbeiten als ihre selbstständigen Kollegen (Siehe „Ärzte Zeitung“ vom 18.06.2014 Artikel „Ankauf von Praxissitzen. KV will MVZ-Boom stoppen“).

Darüber hinaus wird die Wirtschaftlichkeit des MVZ bezweifelt. Wenn die Gemeinschaftspraxis, wie in der GGS-Ausschusssitzung vom 26. März 2014 ausgeführt, tatsächlich eine „Goldgrube“ wäre, verwundert es, dass sich trotz der angeblich stattgefundenen Nachfolgersuche kein Interessent gefunden hat. Die Zweifel der CDU-Kreistagsfraktion konnten an dieser Stelle nicht ausgeräumt werden.

Ein letztes, aber nicht abschließendes, Argument gegen die Gründung eines MVZ durch den Landkreis ist der Gleichheitsgrundsatz. Wenn der Landkreis in Ober-Ramstadt ein MVZ gründet, um den Hausärztemangel zu beseitigen, dann schafft er damit einen Präzedenzfall für alle 23 dem Landkreis angehörigen Städte und Gemeinden. Mit gleichem Recht kann jede Kommune die Gründung eines MVZ durch den Landkreis in ihrem Gebiet wenn nicht verlangen, so doch mindestens erwarten. Der Betrieb von einem flächendeckenden MVZ-Netz im Kreisgebiet dürfte die Verwaltung des Landkreises vor unlösbare Aufgaben stellen.

Aus dieser Diskussion hat die CDU-Kreistagsfraktion folgende Leitlinien entwickelt:

1. Die Versorgung der Kreisbevölkerung durch qualifizierte Ärzte muss gesichert werden.
2. Der privatwirtschaftlich, selbstständige Arzt ist die beste Möglichkeit die Versorgung zu sichern. Diese Strukturen zu stärken und zu fördern ist unser vorrangiges Ziel.
3. Die Gründung von MVZ durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist eine höchstens sekundäre Maßnahme zur Sicherung der Versorgung. Diese soll nachweislich wirtschaftlich erfolgen.

Leitlinien sind eine qualifizierte Versorgung der Bevölkerung durch selbständige Ärzte im gesamten Landkreis – MVZs nur sekundäre Maßnahme



4. Es ist auf eine gerechte Verteilung des Engagements des Landkreises – je nach Bedarf – in den jeweiligen Kreiskommunen zu achten.

Diese Ziele möchte die CDU-Kreistagsfraktion mit folgenden Maßnahmen und Kriterien erreichen:

Förderung der Ansiedlung von neuen Ärzten: Die Übernahme von Arztpraxen und die Ansiedlung neuer Ärzte muss durch den Landkreis gezielt gefördert werden. Hierzu gibt es unterschiedliche Maßnahmen, welche vom Existenzgründerdarlehen bis zur Hilfe bei der Wohnungs- oder einer Kinderbetreuungseinrichtungssuche der neuen Ärzte reichen können. Die Landkreisverwaltung muss sich hier zusammen mit den

Städten und Gemeinden des Landkreises als Dienstleister sehen. Das privatwirtschaftliche Engagement der Ärzte kommt den Landkreis preiswerter, als wenn er selbst als Betreiber von MVZ auftritt. Aus diesem Grund ist ein finanzielles Engagement bei der Ansiedlung von Ärzten für den Steuerzahler vertretbar, da es die wirtschaftlichste Lösung für den Landkreis darstellt. Ein gelungenes Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Gedankens ist das Ärztehaus in Schaaheim. Darüber hinaus begrüßen wir die Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag zum Programm „Masterplan Medizinstudium 2020“.

Kriterien für die Gründung eines MVZ: Vor der Gründung eines MVZ muss zunächst durch die KV der Ärztemangel nachgewiesen sein. Der Veräußerer einer

Praxis muss den Gremien des Landkreises glaubhaft seine Bemühungen nachweisen, dass kein potenzieller Interessent für die Übernahme des Arztsitzes zu finden war. Veräußerer dürfen höchstens noch bis zu sechs Monaten nach Übernahme der Praxis in der Selbigen arbeiten. Eine Flucht ins Angestelltenverhältnis auf Kosten der Steuerzahler muss unterbleiben.

Der Kaufpreis für den Hausarztsitz muss unter dem Marktniveau liegen. Die Vorteile der dort angestellten Ärzte im Angestelltenverhältnis müssen sich in der Entlohnung widerspiegeln. Die Wirtschaftlichkeit eines geplanten MVZ muss glaubhaft nachgewiesen sein. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage kann es sich der Landkreis Darmstadt-Dieburg nicht leisten, weitere zusätzliche verlustträchtige Geschäfte einzugehen. Darüber hinaus stimmen wir nicht dem Erwerb von Immobilien für diesen Zweck zu.

Versorgung im MVZ auf dem bisherigen Niveau sichern: Die vom Landkreis betriebenen MVZ müssen hinsichtlich Qualität, Hausbesuche und Öffnungszeiten das Niveau der vorherigen Praxen erreichen. Hierzu ist es nötig, den angestellten Ärzten einen ausreichenden Gestaltungsspielraum zu geben und ihnen zu ermöglichen, die Praxis modern und effizient zu betreiben. Eine Gewinnbeteiligung der Ärzte ist ausdrücklich erwünscht. Eine starke Zentralverwaltung, welche aus dem Landratsamt versucht, den Praxisalltag zu steuern, lehnen wir ab. Die Wirtschaftlichkeit der MVZ darf nicht durch einen bürokratischen Wasserkopf gefährdet werden. Aus diesem Grund befürworten wir, dass für jedes MVZ eine zivilrechtliche Gesellschaft gegründet wird. ■

Verbandsversammlung beschließt einstimmig Untersuchung:

Günstigere CDU-Kombi-Lösung wird geprüft

Die DADINA-Verbandsversammlung hat am 10. Juli 2014 einstimmig beschlossen, die CDU-Kombi-Lösung – auf ihre Machbarkeit hin – prüfen zu lassen.

Der Weiterstädter Kreistagsfraktionsvorsitzende Lutz Köhler zeigt sich erfreut über die Beschlussvorlage des Vorstands, die ohne Änderungswünsche die Verbandsversammlung passierte. Köhler hatte gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Irmgard Klaff-Isselmann, Karin Wolff und Manfred Pentz am 27. Juni 2014 die CDU-Kombi-Lösung der Öffentlichkeit vorgestellt. „Darmstadt und die Region brauchen gerade nach Einstellung der Planungen zur Darmstädter Nordostumfahrung eine attraktive öffentliche Verkehrsanbindung. Mit unserem Vorschlag werden nicht nur Roßdorf und Groß-Zimmern, sondern darüber hinaus auch Ober-Ramstadt, Reinheim und Otzberg durch Stadt-Land-Bahn-Fahrten stündlich mit der Darmstädter Innenstadt verbunden“, stellt Köhler die Vorteile der CDU-Initiative dar. „Zudem bieten die ebenfalls stündlich verkehrenden Regionalbahnen Direktverbindungen aus den fünf Orten zum Darmstädter Nord- und Hauptbahnhof mit den für die gesamte Region wichtigen Arbeitsplatzschwerpunkten.“ Mit dem Erhalt verketteter Regionalbusse aus Groß-Umstadt, Eppertshausen, Münster, Dieburg, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Zim-

mern und Roßdorf bleiben umsteigefreie Direktverbindungen in die Darmstädter Innenstadt und zum Hauptbahnhof erhalten. „Jeder Fahrgast kann sich das öffentliche Verkehrsmittel aussuchen, das er fußläufig von zu Hause erreichen kann und ihn ohne Umsteigen zum Ziel bringt“ so Köhler. Insofern sei die CDU-Kombi-Lösung den Sammelbussen und einer nicht förderfähigen Straßenbahn vorzuziehen.

In der DADINA-Verbandsversammlung präsentierte die CDU-Fraktion nicht nur die bereits bekannten Vorteile ihres Lösungsvorschlags. Darüber hinaus erbrachten die CDU-Vertreter den Nachweis, dass auch mit einer nur eingleisigen Strecke zwischen Groß-Zimmern und dem Weißen Turm in Darmstadt ein attraktiver Taktverkehr möglich ist. Tagsüber wechseln sich Stadt-Land-Bahn und Regionalbahn ab und bieten zwischen Groß-Zimmern und dem Ostbahnhof einen Halbstundentakt; in die Innenstadt, zum Nord- und Hauptbahnhof sowie nach Pfungstadt sind jeweils stündliche Verbindungen vorgesehen. Durch den „Einrichtungsbetrieb“ in der morgendlichen Hauptverkehrszeit ist das Platzangebot der CDU-Kombi-Lösung zwischen 7:00 Uhr und 8:00 Uhr größer

als das einer meterspurigen Straßenbahn. Zahlreiche Busfahrten und Busfahrzeuge werden eingespart und ermöglichen ein wirtschaftliches Angebot. Weil die Fahrten ab dem Ostbahnhof in Richtung Groß-Zimmern und Wiebelsbach als Eisenbahn gelten,



ist eine 50%-tige Beteiligung des Landes an den Betriebskosten wahrscheinlich – hingegen müsste der Kreis die Betriebskosten einer Straßenbahn vollständig selbst tragen.

Auch die anderen Fraktionen sowie der stellvertretende DADINA-Vorstandsvorsitzende Christel Fleischmann lobten die tiefgehende CDU-Studie, die auf 80 Seiten nicht nur minutengenaue Fahrpläne, sondern auch eine Kostenschätzung enthält. „Die Investitionen in die Infrastruktur liegen demnach für die CDU-Kombi-Lösung bei 83 Millionen Euro, während die Straßenbahn 125 Millionen Euro kosten würde“, so Köhler abschließend. ■

**CDU-Initiative
bietet attraktive
öffentliche
Verkehrsanbindung**

Ihre Kreistagsabgeordneten vor Ort

Babenhäuser
Reinhard Rupprecht

Dieburg
Peter Christ
Boris Freund
Iris Landgraf-Sator

Eppertshausen
Bürgermeister
Carsten Helfmann

Fischbachtal
Gabriele Pauker-Buss

Griesheim
Evelin Spyra

Groß-Bieberau
Waldemar Stetter

Groß-Umstadt
Heiko Handschuh

Groß-Zimmern
Bürgermeister Achim
Grimm
Manfred Pentz MdL

Modautal
Marita Keil

Mühltal
Bürgermeisterin
Dr. Astrid Mannes
Rainer Steuernagel

**Münster b.
Dieburg**
Hans Volkmann

Ober-Ramstadt
Winfried Landrock

Otzberg
Frank Klock

Pfungstadt
Sebastian Sehlbach

Reinheim
Thorsten Fricke

Schaafheim
Siegfried Sudra

**Seeheim-
Jugenheim**
Sven Holzhauer

Weiterstadt
Lutz Köhler

Kreisausschuss

Groß-Umstadt
Georg Theiss

Modautal
Jessika Tips

**Seeheim-
Jugenheim**
Marco Hesser



Kontakt

**CDU Kreistagsfraktion
Darmstadt-Dieburg**

Heiko Handschuh,
Fraktionsgeschäftsführer
Jägertorstraße 207
64829 Darmstadt

Telefon: (06151) 881 1373

Telefax: (06151) 881 1374

E-Mail: cdu-kreistag@gmx.de

Web: www.cdu-kreistag.net